

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 13

Artikel: Vom Mangel
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092992>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vom Mangel

Unter Warenmangel versteht man ein Missverhältnis zwischen der Geldmenge, über die die Bevölkerung verfügt, und dem Umfang der ihr angebotenen Waren und Dienstleistungen. Und wie dieses Missverhältnis von unserem Alltag Besitz ergriffen hat, davon weiss jeder ein Lied zu singen.

Da rennt man aufs Geratewohl in den Geschäften herum, um etwas dringend Benötigtes zu kaufen. Und wenn einem, was selten genug vorkommt, das Glück im, sagen wir, zehnten Geschäft lächelt, so lächelt es einem nicht allein, sondern auch Dutzenden oder Hunderten anderen Glückspilzen, die sich dann in lange Schlangen einreihen müssen. Da erwirkt man, ohne lange nachzudenken, ein ganz unnützes Ding, denn schon morgen könnte es plötzlich aus dem Angebot verschwunden sein. Da bieten alle möglichen Schieber Waren zu horrenden Preisen an. Und da verschwinden unbegreiflicherweise aus den Geschäften immer wieder neue Dinge, von eigentlich ganz harmlosen und sogar kuriosen Gegenständen bis hin zu Waren des täglichen Bedarfs. Wie soll man das nun alles verstehen?

Der Warenmangel, wie er leibt und lebt

Die «Zuckerkrise» brach im März 1988 aus. Binnen weniger Tage hatte sie alle Geschäfte unseres Landes von Brest im Westen bis nach Wladiwostok im Osten erfasst und schleckte alles, was süss schmeckte, weg. Dem Verbraucher kam das völlig überraschend, und auch Produzenten und Planungsorgane waren verblüfft. Und wer war schuld daran? Erst 1989 vermochten die Partei-, Staats- und Wirtschaftsorgane zu klären, dass sie die Krise ganz allein verbrochen hatten, dass die Zuckerrübenproduktion von Jahr zu Jahr zurückgegangen war und die Ausrüstungen der Zuckerfabriken schon längst museumsreif waren. Die Zuckerkrise hatte sich also im Laufe von Jahren angebahnt, und es wäre sonderbar gewesen, wäre sie nicht ausgebrochen. Es kam zu einer Kettenreaktion: jähe Zunahme der Nachfrage (Bevorratung für den Notfall!), lange Schlagen, Gerüchte und als logischer Schluss die Einführung von Bezugsscheinen.

Oder eine andere Kettenreaktion, nur vom anderen Ende her: die Einführung von Bezugsscheinen für Schulhefte in Leningrad

rief eine gesteigerte Nachfrage in Stadt und Gebiet Moskau und somit eine neue Angebotslücke hervor.

Vermeintlich vorübergehende Stockungen im Angebot von Seife und Waschpulver wurden zunächst mit Humor aufgenommen. Doch die Zeit verstrich, die Seife aber blieb nach wie vor knapp, und den Spassvögeln verging bald die Lust, Witze zu reissen. Wer hatte diesmal die Schuld? Die Kooperativen etwa, die, wie es hiess, alle Waschmittel horten? Doch die hatten, wie sich herausstellte, nichts damit zu tun. Vor einigen Jahren hatten die Planer ein gewisses Überangebot an Waschmitteln festgestellt und beschlossen, die Produktion um 100 000 Tonnen zu verringern. Auswirkungen liessen sich nicht lange auf sich warten, und schliesslich wurden – als ständige Begleiter von Engpässen – Bezugsscheine ausgegeben.

Man könnte noch unzählige andere Beispiele für geradezu vorprogrammierte Angebotslücken anführen. Laut der Statistik besteht in der UdSSR ständig bei rund 300 von insgesamt 880 Warengruppen Knappheit. Der Warenmangel aber zieht eine schleichende Inflation nach sich, die in letzter Zeit immer deutlicher zu spüren ist und die in der Regel in der Rationierung gipfelt, bei der der Verbraucher ausser Geld noch einen Schein haben muss, der ihn zum Erwerb einer bestimmten Ware in einer bestimmten Menge berechtigt.

Rationierung inklusive Demokratieverlust oder zurück zum Kasernensozialismus

Eine Rationierung hat es in der UdSSR in dieser oder jener Form stets gegeben. In der Wirtschaft äussert sie sich in Gestalt der Kontingentierung – der staatlichen Verteilung von Rohstoffen und Ausrüstungen an die Betriebe – sowie im Fehlen von Marktbeziehungen. Im Handel begann die Rationierung während des Bürgerkriegs (1918–1922), während der neuen ökonomischen Politik verlor sie praktisch ihre Bedeutung, wurde aber im Zweiten Weltkrieg wieder eingeführt. Nach dem Krieg aufgehoben, greift sie in unserer Zeit erneut um sich.

An Bezugsscheine für einige Waren in Friedenszeiten sind wir nun schon gewöhnt. In verschiedenen Regionen unseres Landes

werden Autos und Fernsehgeräte, Waschmaschinen und Kinderwagen, Butter und Fleisch, Benzin und Baustoffe auf Bezugsscheine verteilt. Diese Art der Verteilung nimmt ein immer grösseres Ausmass an. Da gibt es wohl Lebensmittelzuteilungen – sogenannte Bestellungen in Betrieben und Institutionen – als auch eine Art Wanderhandel, bei dem einzelne Geschäfte ihre Waren in bestimmten Betrieben usw. verkaufen, sowie die bereits erwähnten Bezugsscheine. Besorgniserregend ist, dass immer mehr Waren aus dem offenen Handel in den Bereich der geschlossenen und halbgeschlossenen Verteilung überwechseln. Diese Tendenz bleibt erhalten, solange die Zahl der Mangelwaren ständig zunimmt.

Die Ersetzung des Handels durch die Verteilung ist um so gefährlicher, als sie sogar als soziale Errungenschaft aufgefasst wird. Die pseudokommunistische Idee, die Warenknappheit nicht durch Hebung des Wohlstands der Gesellschaft insgesamt, sondern durch «ehrliche Verteilung» aller Güter unter allen Bürgern zu bekämpfen, erwies sich als so zählebig, dass einige neue sowjetische Parlamentarier sich von ihr haben faszinieren lassen.



Vignette aus «Sputnik», Moskau.

Wir sind heute Zeugen eines Prozesses, da parallel zum Handel ein noch umfassenderes System der halbgeschlossenen Verteilung von Waren und Dienstleistungen entsteht, das seine eigenen Regeln und Gesetze hat. Die Bezugsscheine sind nunmehr wertvoller als das Geld. Dieser Weg von einer geldlosen zu einer – wie die Wirtschaftsexperten düster scherzen – warenlosen Verteilung führt zurück in die Sackgasse des Kasernensozialismus. Und das vollzieht sich heute, da wir in aller Öffentlichkeit zur Schaffung einer Marktwirtschaft aufrufen.

Wie Warenmangel gemangelt wird

Die Ungeschicktheit der Planungsverantwortlichen ist nicht die einzige Ursache für das Entstehen der Warenengpässe. Eine weitere zeigte sich unlängst im Zusammenhang mit dem Übergang der Betriebe zum Rentabilitätsprinzip, das es ihnen ermöglicht, einen Teil der erwirtschafteten Gewinne für eigene Zwecke zu verwenden. Um die Gewinne nun zu erhöhen, haben etliche Betriebe zur einfachsten Methode Zuflucht genommen: Sie produzieren eben mehr teure Waren und weniger billige. Dieser Gruppenegoismus und das Fehlen einer realen Konkurrenz haben die Marktsituation noch weiter verschärft.

Sowjetische Wirtschaftswissenschaftler sind auf eine gewisse Gesetzmässigkeit bei den Mangel epidemien aufmerksam geworden, die jemand wie zum Spott über die Marx'sche Politökonomie «Unterproduktionskrisen» genannt hat. Die letzte grössere Krise im Warenangebot vor der jetzigen, die Ende der 70er Jahre zu verzeichnen war, konnte durch Importe (zum Glück waren damals noch reichlich Erdöldollars vorhanden), eine Ausweitung des Spirituosenverkaufs und einen verborgenen Preisanstieg gedämpft werden. Heute jedoch, angesichts der neuen Krise, kann auf solche Möglichkeiten nicht mehr zurückgegriffen werden.

Mit dem Übergang zu einem Marktmodell werden zweifellos viele Widersprüche verschwinden. Die Wirtschaftsexperten versprechen uns, dass es dann alles in Hülle und Fülle geben wird. Allerdings befinden wir uns erst ganz am Anfang dieses allem Anschein nach komplizierten, widerspruchsvollen und schmerzlichen Weges. Wir müssen ihn so beschreiten, dass wir selbst nicht aufhören, uns über den Sinn der Perestrojka im klaren zu sein, wenn unser Leben infolge ihrer Neuerungen nicht besser, sondern schlechter wird. ■

Suwalki-Dreieck

Fortsetzung von Seite 5

Polens in Vilnius an einer parlamentarischen Sondersitzung teilgenommen, die dem Gedenken an die sowjetisch durchgeführten Deportationen von 1940 gewidmet war.)

Wie Kitlinski berichtet, erlebt Vilnius seit den ersten Maitagen eine echte Blockade. Nachts brennt nur jede zehnte Strassenlampe, und die Autofahrer müssen sogar in der Stadtmitte die Scheinwerfer einschalten. Die Fröhlichkeit vom 11. März ist aus dem Strassenbild verschwunden. Die Menschen sind bedrückt. Selbst die Angst vor Kriegszustand und Sowjetarmee ist von den Sorgen für den nächsten Tag in den Hintergrund gedrängt worden. Die Industrie arbeitet nur die halbe Zeit. Der Verbrauch von Strom und Erdgas ist eingeschränkt, und den Verkauf von Treibstoff an Private hat man völlig eingestellt. Die Liste rationierter Waren ist endlos, und manches ist nur noch mittels Bezugsscheinen erhältlich, die von den Betrieben ihren Angehörigen zugeteilt werden.

Kitlinski hält es für möglich, dass es bei den Litauern zu einem Ausbruch der Unzufriedenheit mit der eigenen Führung kommen kann. Die Unabhängigkeitserklärung ist sehr schön, aber immer mehr Leute sehen sich in ihrer Folge zur Arbeitslosigkeit verurteilt. In Vilnius allein betrifft das schon 8000 bis 10 000 Personen.

Die Leute in der Regierung sind erst dabei, ihr Handwerk zu lernen. Sie hatten berechtigte Forderungen erhoben und wähten, das sei für die übrige Welt schon ein Grund, sie zu unterstützen. Nun hat es zwar stille Gesten der Sympathie gegeben, aber zu Hilfe geeilt ist ihnen niemand. *(Immerhin hat Polen die Hilfestellung mit Kohlelieferungen versucht, aber die Waggons sind von den sowjetischen Grenztruppen abgewiesen worden.)* Dass die litauischen Politiker das nicht vorausgesehen haben, könnte ihnen die Bevölkerung bald ankreiden.

In Litauen wird viel über die Kampfbereitschaft der Sowjetstreitkräfte gesprochen. «Die Soldaten schlafen in den Schuhen.» Wenn man litauische Rekruten zur Armee einberufen will, kann es jederzeit zu einer Kraftprobe auf Biegen oder Brechen kommen. Ein junger Litauer will normalerweise nicht in der Roten Armee dienen und desertiert lieber. In abgelegenen Gegenden sind schon Gruppen fahnenflüchtiger Jugendlicher beobachtet worden. Möglicherweise werden sie die Flucht nach Polen versuchen. Das würde unser Aussenministerium in grösste Verlegenheit bringen, und auch die litauischen Behörden haben kein Interesse an einer solchen Entwicklung.

Moskau verlangt die Auslieferung auch von Waffen, die sich legal in Privatbesitz befinden. Die litauischen Behörden gehen darauf nicht ein; da würde bald jedes längere Küchenmesser verboten, mit dem man die Esswaren schneidet, solange Vorrat.

Aus der potentiellen Unzufriedenheit der Bevölkerung mit ihren Behörden ergibt sich kein Trost für die Sowjetmacht. Sie hat keine Chance, denn die Leute halten nicht zu ihr.

Man gibt sich in Moskau durchaus Rechenschaft darüber, dass die KPdSU in Litauen ihre Partie politisch verloren hat. Die einzige politische Kraft, der die Menschen von sich aus folgen, ist in Litauen die Sajudis. Moskau ist darauf angewiesen, auf die Unzufriedenheit der Litauer mit den schlecht gemachten Lebensbedingungen zu hoffen, und kann bloss versuchen, daraus Nutzen zu ziehen. ■

Anmerkung

Der Text schildert die Situation von Anfang Mai. Seither hat sich die Lage entwickelt. Die Blockade gegen Litauen wird vielleicht aufgehoben, und Moskau hat ohnehin noch grössere Sorgen.

Unter den Wirtschaftssanktionen haben die Litauer zwar am meisten gelitten, aber gleichzeitig ist die Kontraproduktivität für die übrige Sowjetunion offenkundig geworden. Traditionelle Kohlelieferanten für Litauen sind die Bergwerke im Donbass. Die Bergleute dort, wegen sozialer Missstände, ohnehin gereizt, sind wegen der von Moskau verhängten Sanktionen in zusätzliche Wut geraten und kritisieren sie aufs schärfste.

Das «Beispiel» der Sanktionen hat unerwünschterweise angesteckt. Die Raffinerien im sibirischen Tjumen reduzierten ihre Gaslieferungen nach Moskau als Strafe dafür, dass der moskauverwaltete Wohnbau in der Region seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist.

In der Sowjetunion selbst hat das Moskauer Vorgehen gegen die Litauer eine Solidaritätswelle mit diesen ausgelöst. Beispiele sind die Parlamentsbeschlüsse in der Moldauischen Republik, die Anti-Blockade-Aussagen von Boris Jelzin, die Stellungnahmen in der «Demokratischen Plattform» der KPdSU. Der Trotz gegen die Zentrale hat zugenommen.

Gleichzeitig hat die Blockade das alternative Denken in ökonomischen Belangen verstärkt und ist zum Faktor der Entsowjetisierung geworden. ■